

PRESSEMITTEILUNG

SPD STADTRATSFRAKTION NÜRNBERG

SPD Stadtratsfraktion | Rathaus | 90403 Nürnberg

SPD-Fraktion will Lieferverkehr in der Fußgängerzone reduzieren

Derzeit laufen in der Verwaltung und Politik viele Überlegungen, wie der Verkehr in der Altstadt besser geregelt und ggf. reduziert werden kann und wie die Attraktivität in der Fußgängerzone erhöht werden kann.

„Zur Attraktivität der Nürnberger Fußgängerzone gehört neben der Erlebnis- und Angebotsvielfalt vor allem auch die Aufenthaltsqualität und damit verbunden eine möglichst weitgehende Reduzierung von Schadstoffemissionen und (Verkehrs-)Lärm“, meinen die Stadträtinnen Christine Kayser und Gabriele Penzkofer-Röhl. „Wichtig ist dabei, dass wir uns mit der derzeitigen Praxis des Lieferverkehrs in der Fußgängerzone beschäftigen, denn es ist immer wieder zu beobachten, dass häufig über die gestatteten Lieferzeiten bis 10:30 Uhr hinaus auch am späteren Vormittag und nachmittags Auslieferungen mit zum Teil über 12t-Dieselfahrzeugen erfolgen“, fordert Penzkofer-Röhl. „Dies läuft dem Ziel der Emissionsreduzierung von Luftschadstoffen zuwider, gefährdet Fußgänger und verringert die Aufenthaltsqualität in der Fußgängerzone“, fügt die Umweltpolitikerin Kayser hinzu.

Beiden Stadträtinnen ist dabei bewusst, dass zur Attraktivität auch die Wirtschaftskraft und Wettbewerbsfähigkeit des Einzelhandels und der Gastronomie gehören.

„Gleichwohl sollte der dieseldetriebene Lieferverkehr nicht weiter ausufern, sondern Projekte einer nachhaltigen Stadtlogistik vorangetrieben werden – gemeinsam mit den Gewerbetreibenden und der Unterstützung der Wissenschaft“, fordern Penzkofer-Röhl und Kayser.

Einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung sehen sie in dem im letzten Jahr gestarteten „Lastenrad-Pilotprojekt“, das mittlerweile mit dem Mobilitätspreis des Verkehrsclubs Österreich in der Kategorie „Internationales Vorbildprojekt“ ausgezeichnet wurde.

„Wir brauchen mehr derartige Projekte, um die Altstadt lebenswert zu gestalten“ so Gabriele Penzkofer-Röhl. Die SPD-Politikerinnen fordern daher in einem Antrag an die Stadtverwaltung einen Bericht über den Sachstand sowohl des „Lastenrad-Pilotprojekts“ als auch weiterer Projekte wie z.B. LEV@KEP und VALUE@SERVICE. Darüber hinaus wollen sie wissen, ob und in welchem Ausmaß derzeit Ausnahmen für die Zeiten außerhalb der zugelassenen Lieferverkehrszeiten genehmigt werden und inwieweit die Nichteinhaltung überprüft und ggf. geahndet wird.

Nürnberg, 17. August 2018